

Aufbruch in neues Gelände. Politische Geschlechterverhältnisse in Freiburg in den konstituierenden Jahren der Weimarer Republik

Birgit Heidtke

Als am 9. November 1918 in Berlin die Republik ausgerufen wurde, bestimmten auch in Freiburg demonstrierende Soldaten das Bild der Stadt. Der revolutionäre Umbruch verlief relativ ruhig und fast ohne gewaltsame Auseinandersetzungen. Nachdem sich im Laufe des Tages ein Soldatenrat formiert hatte, kamen die Freiburger Sozialdemokraten¹ zusammen, um aus ihren Reihen einen Arbeiterrat zu bilden. Unter den 16 Gewählten war auch die Sozialdemokratin Marie Haack (1867–1943). Vor einer vieltausendköpfigen Menge verkündete der Arbeiter- und Soldatenrat vor der Etappenkommandatur im Hotel National am 9. November, dass er die Befehlsgewalt über die Truppen übernommen hatte und für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Sorge tragen würde. Ein Aktionsausschuss des Freiburger Stadtrates trug dem Arbeiter- und Soldatenrat an, eine gemeinsame provisorische Regierung zu bilden. Damit wurde Marie Haack die erste Frau in der Geschichte Freiburgs, die ein politisches Mandat für die Kommune übernahm².

1. „Ein verschließbarer Schrank“ - Marie Haack, Arbeiterrätin

Marie Haack übernahm diese Verantwortung zu einem Zeitpunkt, als das Stadtbild vor allem von Soldaten geprägt war. Der Kriegsausgang hatte Freiburg wieder zu einer grenznahen Stadt gemacht, die zur Durchgangsstation der demobilisierten Soldaten wurde. Man bereitete ihnen einen ehrenvollen Empfang. An den Eingängen zur Stadt waren Triumphbögen aufgestellt, die Hauptstraßen beflaggt und mit Blumengirlanden geschmückt. Auch viele Zivilpersonen, zunächst vor allem ausgewiesene Staatsbeamtinnen und -beamte, die ab den 1870er Jahren in die elsässischen Reichslande übersiedelt waren, suchten nun Zuflucht in der Stadt. In

¹ Wie in anderen badischen Städten erweiterte sich der Arbeiter- und Soldatenrat Freiburgs in den folgenden Wochen um Vertreter aus dem Bürgertum, der christlichen Gewerkschaften und schließlich auch der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und benannte sich Anfang Dezember 1918 in Volksrat um. Vgl. Heiko HAUMANN, Enttäuschte Hoffnungen auf eine neue Gesellschaft. Revolution und Räte 1918–1920, in: DERS./Hans SCHADEK (Hgg.), Geschichte der Stadt Freiburg, Bd. 3: Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992, S. 265–277.

² Ebd., S. 267 f.; Birgit HEIDTKE, Frauenstimmrecht und Frauenpolitik, in: DIES./Christina RÖSSLER, Margarethas Töchter, Stadtgeschichte der Frauen von 1800 bis 1950 am Beispiel Freiburgs, Freiburg 1995, S. 252–285.

dieser Umbruchzeit war es die vordringlichste Aufgabe des provisorischen Stadtrats, eine öffentliche Grundversorgung für alle sicherzustellen³.

Über Marie Haacks politische Arbeit im Arbeiterrat und ihre Befugnisse in den Monaten des Übergangs bis zur ersten Kommunalwahl im Mai 1919 ist nur wenig überliefert.

Die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nahestehende Freiburger Tageszeitung „Volkswacht“ publizierte nach der Erklärung des gleichen Wahlrechts für beide Geschlechter am 28. November 1918 einen Leitartikel, der vor allem mit Sorge auf die zukünftigen Wählerinnen schaute und kritisierte, dass auch 20-jährige Frauen ohne Einschränkungen gleich gestellt worden waren: „Es ist ein Unding, vorauszusetzen, daß in diesem Alter die Bedeutung der politischen Fragen für den Staat und die Gesellschaft von Mädchen und Frauen in vollem Umfange erkannt wird, und man befürchtet mit Recht, daß sich die Frauen von der Reaktion, vom Rückschritt zur Bekämpfung aller freiheitlichen Bestrebungen mißbrauchen lassen. [...] Wir wünschen ganz dringend, daß sich die badischen Frauen und Mädchen als Elemente des Fortschritts erweisen und der Partei die Stimme geben, welche ihnen das Wahlrecht überhaupt zugebilligt hat, nämlich der Sozialdemokratie!“⁴ Der Artikel verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Frauen in den Arbeiter- und Soldatenräten und führte dabei Marie Haack für Freiburg an. „So sucht die Sozialdemokratie auf allen Gebieten die Frauen in den Dienst der Öffentlichkeit zu stellen.“⁵

Wenn die „Volkswacht“ in der Folgezeit über Marie Haack berichtete, dann vor allem über ihre Parteiarbeit. Haack war Vorsitzende der Frauenabteilung in der Freiburger SPD und engagierte sich im Ende November 1918 einsetzenden Wahlkampf. Nur ein einziges Arbeitsfeld, das Marie Haack im Arbeiterrat etablierte, ist in der „Volkswacht“ dokumentiert: ihr frauenpolitisches Engagement in der „Dienstbotenfrage“. So organisierte Haack im November und Dezember 1918 Versammlungen für Hausangestellte, auf denen Forderungen zum Arbeitsschutz und zu ihren persönlichen Rechten an die provisorische Landesregierung adressiert wurden. Verlangt wurde hier unter anderem eine gesetzliche Regelung der Arbeits-

³ HAUMANN (wie Anm.1); Aus der Stadt Freiburg; Der Arbeiter- und Soldatenrat, in: Volkswacht. Tageszeitung für das werktätige Volk Oberbadens (im Folgenden: Volkswacht) vom 16.11.1918, S. 3.

⁴ Volkswacht, Frauenwahlzeitung vom 20.11.1918, S. 2 f.

⁵ Ebd. In der Realität waren die Frauen in den Arbeiterräten jedoch extrem unterrepräsentiert. Das gilt sowohl für die kommunalen Arbeiterräte, in denen, nach derzeitigem Stand der Forschung, häufig gar keine oder nur einzelne Frauen delegiert waren als auch für seine Zentralorgane. Hierzu: Anja WEBERLING, Zwischen Räten und Parteien. Frauenbewegung in Deutschland 1918/19, Pfaffenweiler 1994; Sabine ROSS, Politische Partizipation und nationaler Räteparlamentarismus. Determinanten des politischen Handelns der Delegierten zu den Reichsrätekongressen 1918/19; eine Kollektivbiografie, in: Historical Social Research, Supplement 1999, online einsehbar unter: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-285933> (letzter Zugriff: 13.05.2020).

zeiten von Dienstbotinnen, die üblicherweise im Haushalt der Arbeitgeber*innen lebten. „Als Mindestforderung sind ferner gewünscht, ein verschließbares Zimmer und ein verschließbarer Schrank“, berichtete die „Volkswacht.“⁶

Obwohl Marie Haack im Juli 1919 auch die erste Frau werden sollte, die in der konstituierenden Sitzung des Freiburger Bürgerausschusses als gewählte Stadtverordnete das Wort ergriff⁷, lässt sich ihre Biografie nur fragmentarisch nachvollziehen. Haack, geborene Kuhn, war 52 Jahre alt, als sie 1919 in das Stadtparlament gewählt wurde. Im Verzeichnis der Stadtverordneten wird sie als „Kaufmannsgattin“ bezeichnet und ist im Adressbuch außerdem als „Hühneraugenoperateurin“ zu finden. Sie unterhielt eine Praxis am Münsterplatz. Mit ihrem Mann Carl wohnte sie im Arbeiterquartier Kronenmatten. Haack engagierte sich seit 1913 in der Frauenabteilung der SPD und übernahm dort 1919 den Vorsitz. Als aktive Sozialdemokratin machte sie bereits während des Krieges realpolitische Erfahrungen im „Nationalen Frauendienst“, in dem Vertreterinnen der Frauenverbände aller politischen Lager, besonders in der kommunalen Verwaltung, Verantwortung übernahmen. Haack, 1922 wiedergewählt, schied auf eigenen Wunsch 1924 in der laufenden Wahlperiode als Stadtverordnete aus. Ihre leitenden Ämter in der SPD gab sie bereits 1921 auf. Die Motive für ihren Rückzug aus der Politik sind unbekannt. Mit 76 Jahren starb sie 1943 in Freiburg⁸.

Marie Haack ist ein eindrückliches Beispiel dafür, wie wenig von Frauen dieser ersten Generation deutscher Parlamentarierinnen überliefert wurde. Das gilt auch für einige der weiblichen Landtagsabgeordneten in Baden. So gibt es von Luise Kräuter (1891–1937), die 1919 als Freiburger Abgeordnete der SPD in den Landtag gewählt wurde, nur spärlichste biografische Informationen. Im Archiv des Landtags fehlt selbst ein Foto von ihr. Bei männlichen Hinterbänklern ist das kein einziges Mal der Fall⁹. Luise Kräuter gehörte mit 28 Jahren zu den jüngsten Abgeordneten der Badischen Nationalversammlung. Sie legte ihr Mandat im September 1919 nieder und begründete dies damit, dass neben ihrer Berufstätigkeit als Filialeleiterin eines Ladens des örtlichen Konsumvereins und den Arbeiten in der Familie – sie hatte kurz vor ihrem Austritt geheiratet – nicht genügend Zeit für ihre politischen Aufgaben bliebe. Auch über die Freiburgerin Helene Platenius

⁶ Der Volksrat, in: Volkswacht vom 18.12.1918, S.3. Zu weiteren Aktionen in diesem Feld berichtete die Volkswacht auch in den nächsten Wochen: 23.11.1918, S.3f.; Der Arbeiter- und Soldatenrat; 31.12.1918, S.3: Das Zentrum und die Dienstmädchen; 29.3.1919, S.3: Verband der Hausangestellten.

⁷ Die erste Tagung des neuen Stadtparlaments, in: Volkswacht vom 19.7.1919, S. 4 und S. 7.

⁸ Adreßbuch der Hauptstadt Freiburg im Breisgau für das Jahr 1907, Abt.1, Gewerbeverzeichnis. Adreßbuch (...) 1913, Abt. 1 Einwohner und Firmenverzeichnis; Amtliches Einwohnerbuch der Hauptstadt Freiburg im Breisgau, 1925/26, Abt. 6, Behörden; HEIDTKE, Frauenstimmrecht (wie Anm. 2); StadtA Freiburg, Auskunft aus dem Sterbebuch.

⁹ Ina HOCHREUTHER, Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Parlamentarierinnen von 1919 bis heute, hg. vom Landtag von Baden-Württemberg, 3. aktualisierte und fortgeschriebene Aufl., Stuttgart 2012.

(1874–1961), als Nachrückerin für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) 1920 im Landtag, gibt es nur karge biografische Daten¹⁰.

Diese Quellenlage markiert Leerstellen im Aufbruch der Frauen in die Parlamente. Sie spiegelt eindrücklich die Grenzen wider, in denen sich die Politikerinnen der Weimarer Republik zu bewegen hatten. Als Politikerinnen standen sie allenfalls im Schimmerlicht der Öffentlichkeit.

Doch vor der Konstituierung der Parlamente, im Wahlkampf von 1918/19 sah das anders aus. Alle Parteien richteten Wahlversammlungen eigens für die neuen Wählerinnen aus und präsentierten dabei Kandidatinnen der Öffentlichkeit. Die Freiburger Zeitungen berichteten in den Wochen nach der Revolution ausführlicher als gewohnt über diese Veranstaltungen und räumten auch darüber hinaus Frauenbelangen und Frauenstimmen mehr Platz ein.

2. „Mit Maß und Würde am politischen Leben beteiligen“ – Febronie Rommel, bürgerliche Feministin

Der ausdrücklich an Frauen gerichtete Wahlkampf startete in Freiburg am 30. November mit gemäßigten Tönen. Wie in anderen badischen Städten¹¹, koordinierte ein überparteilicher „Vorbereitender Frauenausschuss“ eine Wahlversammlung im Freiburger Paulussaal, mit dem Ziel, „Frauen und Mädchen aller Stände“ unabhängig anzusprechen. Obwohl auch Sozialdemokratinnen im Frauenausschuss vertreten waren, konnte die Veranstaltung nur aus bürgerlicher Perspektive als unabhängig bezeichnet werden. Redner*innen der SPD kamen auf dem Podium nicht zu Wort¹².

Nach einleitenden Worten der Versammlungsleiterin, Frau¹³ Geheimer Hofrat von Below, hielt unter dem Titel: „Die politischen Rechte und Pflichten der deutschen Frau in der Gegenwart“ im großen, voll besetzten Paulussaal die Hauptrede Febronie Rommel, eine gestandene Vertreterin der bürgerlichen Frauenbewegung. Rommel hatte ihre berufliche und politische Karriere im Elsass realisiert, wo sie in Straßburg bis 1911 als Oberlehrerin am Seminar der Höheren

¹⁰ Ebd., S. 53f. und S. 56; Mandatsniederlegung, in: Volkswacht vom 24.9.1919, S. 3.

¹¹ So unter anderem in Baden-Baden und Lörrach. Die „Volkswacht“ berichtete am 28.11.1918, dass eine allgemeine Frauenwahlversammlung in Lörrach, vom dortigen „Frauenrat“ verantwortet wurde. (Aus der Stadt Lörrach, in: Volkswacht vom 28.11.1918, S. 4). Ob in Lörrach über diese Veranstaltung hinaus ein Frauenrat bestand, ließ sich in der Recherche nicht klären.

¹² Ob die Freiburger Veranstaltung auf die Kampagne des BDFs zurück ging, Wählerinnen in überparteilichen Veranstaltungen aufzuklären und für eine Wahl zur Verteidigung eines zukünftigen Staates in parlamentarischen demokratischen Strukturen zu gewinnen, lässt sich auf Grund der Quellenlage nicht klären. Zu dieser Kampagne WEBERLING (wie Anm. 5) S. 33–35.

¹³ Belows Vorname wird in den Berichten nicht erwähnt und ließ sich leider nicht recherchieren.

Mädchenschule unterrichtete. Rommel war im „Bund Deutscher Frauenvereine“ (BDF) organisiert, in leitender Funktion unter anderem auch im „Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverband“¹⁴. Sie schilderte im Dezember 1918 ihr Engagement in Sachen Frauenstimmrecht in einem Brief an Helene Lange: „Am Samstag sprach ich in Freiburg zur badischen Wahl am 5. Januar und am Sonntag in Baden-Baden. Das hilft mir Gottlob über die so schweren Gedanken übers Elsaß u. a. hinweg.“¹⁵

In ihrer Freiburger Rede, wiedergegeben in der bürgerlich-liberalen „Freiburger Zeitung“, bewertete Febronie Rommel die politische Mündigkeit der Frauen als neuen „Geschichtstag für Deutschland und tief eingreifendes Ereignis für die Frauenwelt [...]. Mann und Frau mußten jetzt Seite an Seite ihre Entschließungen treffen“¹⁶. Nach einem Rückblick auf den Kampf um das Frauenstimmrecht seit 1848 stellte Rommel Bedenkenträgern der politischen Gleichstellung den Appell entgegen, „die Frau solle sich mit Maß und Würde am politischen Leben beteiligen, das beeinträchtige in keiner Weise ihre Hauptaufgabe [in der Familie, Anmerkung der Verfasserin]“. Sie empfahl den Frauen, einer Partei beizutreten, um dort Frauenbestrebungen Einfluss zu sichern. Eindringlich appellierte sie an ihre Zuhörerinnen, vom Wahlrecht in dieser bedeutungsvollen Zeit auch Gebrauch zu machen: „Jetzt seien die großen Kulturgüter zu wahren und für eine richtige Wohlfahrtspflege zu sorgen.“

Im Anschluss an Rommels Rede übernahm es der Verleger und Bürgerrat Otto Bielefeld, die Frauen im Detail mit dem „Wesen und der Technik der Wahl bekannt zu machen“.

Alle Freiburger Tageszeitungen hoben anerkennend das große politische Interesse der Frauen hervor und berichteten auch über die folgenden, von den Parteien ausgerichteten Veranstaltungen für die Wählerinnen. Sie schrieben von überfüllten Sälen und einem aktiven weiblichen Publikum, das nachfragte und in der Diskussion das Wort ergriff. Allein in der ersten Dezemberwoche wurden in Freiburg sechs Wahlversammlungen für Frauen abgehalten. Den größten Zulauf hatten wohl die Veranstaltungen von Zentrum und SPD. Beide Parteien sollten im Januar 1919 dann auch jeweils eine gewählte weibliche Abgeordnete für Freiburg in die Badische Nationalversammlung entsenden – Luise Kräuter für die SPD, Mathilde Otto für das Zentrum¹⁷.

¹⁴ Sabine LIEBIG, Febronie Rommel. Mosaiksteine eines engagierten Lehrerinnenlebens. 1853–1927. (Lebensbilder aus Baden-Württemberg, Bd. 25), Stuttgart 2018, S. 238–267. Vgl. auch den Beitrag von Sabine Liebig in diesem Band.

¹⁵ Für dieses Zitat danke ich Sabine Liebig, die Febronie Rommels Nachlass bearbeitet und mir diesen Brief überließ.

¹⁶ Politische Frauen- und Mädchenversammlung, in: Freiburger Zeitung vom 2.12.1918, Morgenblatt, S. 2. Hieraus auch die folgenden Zitate.

¹⁷ HEIDTKE, Frauenstimmrecht (wie Anm. 2) S. 276.



Abb. 1: Mathilde Otto war in die Weimarer Republik die einzige Frau im Freiburger Stadtrat. Hier eine Aufnahme aus dem Jahr 1919. (Archiv Deutscher Caritasverband, Archiv Elisabeth-Schwesternschaft Freiburg)

3. „Eine reife Frucht, die wir uns verdient haben“ – Mathilde Otto, Caritassekretärin

Die Frauenversammlung des Zentrums im Katholischen Vereinshaus am 1. Dezember 1918 war laut der katholischen Lokalzeitung, dem „Freiburger Boten“, mit 1.500 Menschen so überfüllt, dass ein zweiter Saal eröffnet und beide Hauptreden parallel vorgetragen werden mussten. Dieser Umstand sorgte dafür, dass die Kandidatin Mathilde Otto (1875–1933) und der ehemalige Reichstagspräsident Richard Fehrenbach in gleicher Rangfolge auftreten konnten¹⁸.

¹⁸ Eine glänzende Kundgebung Freiburger Frauen für das Zentrum, in: Freiburger Tagespost vom 2.12.1918, Morgenblatt, S. 3; Freiburger Nachrichten, in: Freiburger Tagespost vom 4.12.1918, Morgenblatt, S. 2.

Mit Otto, Referentin für Familienfürsorge im Deutschen Caritasverband, stellte das Zentrum, das bis zur Revolution als radikaler Gegner des Frauenwahlrechts hervorgetreten war, eine kompetente Kandidatin auf, die während des Krieges über die katholischen Frauenvereine hinaus in der öffentlichen Sozialfürsorge Verantwortung übernommen hatte. Mathilde Otto war 43 Jahre alt, als sie 1919 in den Landtag einzog. Als Tochter eines Tabakfabrikanten aus der Ortenau hatte sie eine private, katholische Schulbildung genossen, die sie in Freiburg mit der Ausbildung zur Lehrerin fortsetzte. Wie vielen gut ausgebildeten Bürgerinnen dieser Generation fehlte ihr das Abitur, doch bildete sie sich privat fort und besuchte u. a. Vorlesungen an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg. In dieser Zeit arbeitete sie außerdem ohne Gehalt im Deutschen Caritasverband, wo sie die freiwillige Familienfürsorge katholischer Frauen auf moderne Füße stellte. Mathilde Otto repräsentierte 1919 als Landtagsabgeordnete und als Stadtverordnete das Freiburger Zentrum. Wie ihre sozialdemokratische Kollegin Luise Kräuter gab sie Ende 1919 ihren Sitz im Landtag auf¹⁹, behielt aber ihr Mandat im Stadtparlament. Sie war die einzige Frau, die in Freiburg während der Weimarer Republik aus dem Bürgerausschuss in den Stadtrat gewählt wurde und bekleidete dieses Amt von 1922 bis 1926. In ihrem Engagement für die Soziale Arbeit war Mathilde Otto tief verankert im christlichen Glauben. Mithilfe ihres Privatvermögens gründete sie mit einer Gruppe von Caritasfürsorgerinnen 1925 die Schwesternschaft St. Elisabeth. Für dieses Projekt und auch aufgrund einer schweren Erkrankung zog sich Otto 1926 aus der Politik zurück. Mit 57 Jahren starb Mathilde Otto 1933 in Freiburg²⁰.

In ihrer Rede am 1. Dezember 1918 entwarf Mathilde Otto die neuen politischen Perspektiven für die Frauen und nannte hier zuerst die unmittelbaren Friedensaufgaben; konkret wünschte sie die Teilnahme von Frauen an den Friedensverhandlungen und ihren Einsatz für den Völkerbund. In allen Politikbereichen sollten Frauen sich für ihre Interessen einsetzen, so Otto, beispielsweise für erwerbstätige Frauen, in Fragen der Kinder- und Jugendfürsorge, für eine bessere Mädchenbildung. Ihren Optimismus in dieser Zeit des Übergangs der Frauen in die parlamentarische Politik dokumentiert eindrucksvoll die im „Freiburger Boten“ zusammengefasste Rede. Für eine katholische Politikerin vertrat sie dabei sehr fortschrittliche Positionen. Sie begrüßte das Wahlrecht als „reife Frucht [...] die wir uns verdient haben in vier Jahre langen Opfern und Kriegseleistungen“. Die politischen Aufgaben der Frauen sah sie keineswegs nur im Sozialen und in der

¹⁹ Ottos Gründe für die Mandatsniederlegung sind leider nicht bekannt. Da sie bis zu ihrer Erkrankung 1926 kommunal- und sozialpolitisch engagiert blieb, lässt sich vermuten, dass sie diese politischen Handlungsfelder bevorzugte.

²⁰ HEIDTKE, Frauenstimmrecht (wie Anm. 2) S. 277 f.; Hans-Josef WOLLASCH, Mathilde Otto (1875–1933), „Armenfürsorgerin“. Eine (fast) vergessene Frau der Caritas. Erweiterter Sonderdruck aus Caritas 89, Jahrbuch des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg 1988; HOCHREUTHER (wie Anm. 9) S. 54–56. Die Schwesternschaft St. Elisabeth besteht bis heute. (<http://www.elisabethschwestern.de>) (letzter Zugriff: 12.05.2020).

Vertretung von Frauenbelangen, wenn sie die Frauen dazu aufrief, „mit Herz und Seele [...] den Friedensaufgaben“ entgegen zu treten und die Mitarbeit an der neuen Verfassung als wichtigstes politisches Arbeitsfeld benannte²¹.

4. „Bisher war die Frau im öffentlichen Leben ausgeschaltet“ – sozialdemokratische und bürgerliche Stimmen

Auch Marie Haack und Marie Martzloff (1876–1952) beflügelte zwei Tage später auf der Frauenversammlung der SPD am 3. Dezember eine vergleichbare Aufbruchsstimmung, als sie im Saal des Kolosseum sprachen; einem großen, von der Arbeiterbewegung frequentierten Gasthaus am Rand der südlichen Altstadt. Haack und Martzloff konnten sich als einzige auf die parteieigene Tradition berufen, da ihre Partei sich seit langem für die politische Gleichstellung der Frau ausgesprochen hatte. Als konkrete politische Aufgabenfelder benannten sie unter anderen die Vertretung der Interessen erwerbstätiger Frauen, einen öffentlich finanzierten Gesundheitsschutz für Frauen und Kinder und eine Reform des Ehe- und Rentenrechts. Und wie ihre Kollegin vom Zentrum forderten sie, dass Frauen sich nun auf allen Gebieten der Politik betätigen sollten. So zitierte die „Volkswacht“ Marie Martzloff²² mit den Worten: „Bisher war die Frau im öffentlichen Leben ausgeschaltet. Die Männer haben für sie die Gesetze gemacht. Das soll anders werden.“²³

Die abschließenden Worte dieser Versammlung kamen Wilhelm Engler zu, dem langjährigen Vorsitzenden der Freiburger SPD, Stadtrat und Gewerkschafts-politiker. Seiner Rede räumte die „Volkswacht“ doppelt so viele Zeilen ein wie seinen Vorrednerinnen und zitierte ihn abschließend mit dem väterlichen Bonmot: „Wir Männer urteilen verstandesmäßig, die Frau gefühlsmäßig, das gibt einen guten Ausgleich in der Politik.“²⁴

²¹ Die Bewegung der Freiburger Zentrumsfrauen, in: Freiburger Tagespost vom 4.12.1918, S. 3; HEIDTKE, Frauenstimmrecht (wie Anm. 2) S. 257f.

²² Marie Martzloff wurde im Mai 1919 mit 43 Jahren zur Stadtverordneten der SPD gewählt. Ihr jüngstes von drei Kindern war zu diesem Zeitpunkt vier Jahre alt. Martzloff war die erste Vorsitzende der Frauenabteilung der SPD, die in Freiburg erst 1909 etabliert wurde. Marie Martzloff, geborene Ehret, stammte aus Neustadt im Schwarzwald und war Ehefrau des Gewerkschaftssekretärs Philipp Martzloff, 1918/19 Minister für Wohnungswesen in Baden. Philipp Martzloff war führend in der Freiburger SPD, saß im Landtag und Bürgerausschuss. In der NS-Zeit erlitt er KZ-Haft von 1933 bis 1934 und von 1944 bis zur Befreiung. Nach 1945 war er Mitglied der Badischen Regierung. Vgl. Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Freiburg (Hg.), Verfolgung, Widerstand, Neubeginn in Freiburg. Eine Dokumentation, 2. erweiterte Auflage, Freiburg 1989, S. 28f.

²³ Die Bedeutung des Wahlrechts für die Frauen, in: Volkswacht vom 5.12.1918, S. 2.

²⁴ Ebd. Genau gemessen wurde Englers Rede mit 64 Zeilen, Haacks mit 30 und Marie Martzloffs mit 36 Zeilen bedacht.

Es erstaunt, dass Freiburger Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung im Wahlkampf 1918 nicht prominent an die Öffentlichkeit traten. Sowohl auf der Frauenwahlversammlung der nationalkonservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) als auch bei der Veranstaltung der demokratisch-liberalen DDP im Dezember 1918 hielten Männer die Hauptreden. Laut „Freiburger Zeitung“²⁵ trat bei der DNVP Frau Hinsberg, die Vorsitzende des Vereins „Frauenbildung-Frauenstudium“, als Versammlungsleiterin auf und schwor in ihren einleitenden Worten die Frauen auf eine Verteidigung des Vaterlands an der Wahlurne ein. Die Leiterin der DDP-Versammlung wurde im Pressebericht nicht einmal namentlich ausgewiesen²⁶. Obwohl sich die Redner programmatisch sehr deutlich unterschieden, war diesen beiden Veranstaltungen gemeinsam, dass hier vor allem Grundsatzpositionen der Partei vorgetragen wurden und – abgesehen von eindringlichen Mahnungen an das weibliche Publikum, ihr Wahlrecht verantwortungsvoll wahrzunehmen – Fragen der politischen Teilhabe von Frauen und Fraueninteressen nicht zur Sprache kamen. Angesichts des Images von Freiburg als Hochburg der bürgerlichen Frauenbewegung seit den 1890er Jahren²⁷, verwundert diese Leerstelle. Woran es lag, kann nur vermutet werden, doch lässt sich festhalten, dass weder das nationalkonservativ-rechte, noch das fortschrittlich-liberale Lager in Freiburg in der Lage waren, während des Wahlkampfes für die Verfassungsgebenden Nationalversammlungen Frauen als Kandidatinnen aufzubauen²⁸.

Im ersten Stadtparlament Freiburgs 1919 sollten zwei weibliche Stadtverordnete der DDP vertreten sein: Lina Wäldin²⁹ (1869–1950), langjährige Vorsitzende des

²⁵ Politische Frauenversammlungen, in: *Freiburger Zeitung* vom 6.12.1918, Abendblatt, S. 2. Hinsbergs Vorname ließ sich nicht recherchieren.

²⁶ *Freiburger Zeitung* vom 8.12.1918, Erstes Blatt, S. 2.

²⁷ Christina RÖSSLER, *Frauenbildung im 19. Jahrhundert*, in: HEIDTKE/RÖSSLER (wie Anm. 2) S. 102–110; Grete BORGMANN, *Freiburg und die Frauenbewegung*, Ettenheim 1973; Ute SCHERB, „Ich stehe in der Sonne und fühle, wie mir die Flügel wachsen“. Studentinnen und Wissenschaftlerinnen an der Freiburger Universität von 1900 bis in die Gegenwart, S. 24–40; HEIDTKE, *Frauenstimmrecht* (wie Anm. 2) S. 262–271.

²⁸ Auch auf der zweiten DDP-Frauenversammlung Ende Dezember 1918 sprach keine Freiburgerin, sondern die Kunsthistorikerin Marie Luise Gotheim (1863–1931) aus Heidelberg; vgl. *Volkswacht* vom 27.12.1918, S. 5. Auf der Freiburger Wahlliste der DDP für den Badischen Landtag waren vier von 30 Kandidierenden Frauen. Helene Platenius, gesellschaftlich engagiert im „Badischen Frauenverein“, hatte den vordersten weiblichen Listenplatz auf Position elf. Sie rückte im Februar 1920 nach und schied bereits im Oktober desselben Jahres wieder aus. Platenius, 1874–1961, geborene Stoll, war Tochter eines Waldshuter Stuhlfabrikanten. Sie war 1918 Witwe eines höheren Staatsbeamten; vgl. Wahlkommissariatsbezirk Freiburg, Liste der DDP, in: *Volkswacht* vom 30.12.1918, S. 6; HOCHREUTHER (wie Anm. 9) S. 56.

²⁹ Lina Wäldin, geborene Kobe, geboren 1869 in Freiburg, zog 1911 mit ihrem Mann von Nordbaden nach Freiburg. Verheiratet mit einem Lehrer, unterlag Wäldin, die selbst Lehrerin war, dem Beamtinnenzölibat und konnte ihren Beruf nach der Heirat 1908 nicht mehr ausüben. In Freiburg war sie im Lehrerinnenverband und „Verein für Frauenstimmrecht“ engagiert. Mit dem Umzug des Ehepaars Wäldin nach Feuerbach im Markgräfler Land schied Lina Wäldin 1920 aus dem Freiburger Bürgerausschuss aus; vgl.

örtlichen „Vereins für Frauenstimmrecht“ und Dr. Else Liefmann (1881–1970), die als Kinderärztin während des Krieges den öffentlichen Säuglings- und Kinderschutz mit aufbaute³⁰.

Für die Protagonistinnen in den Wahlwerbeveranstaltungen von SPD und Zentrum lässt sich festhalten, dass aus ihren Reden – soweit sie in der Presse überliefert wurden – Selbstbewusstsein bezogen auf die eigene politische Kompetenz und Zuversicht angesichts neuer Handlungsräume von Frauen sprach. Diese Reden lassen erahnen, was die politisch agierenden Frauen sich erhofften – als hätte es nun in ihrer Hand gelegen, als Gleiche unter Gleichen am Aufbau des neuen Staates und seiner Gesetze teilzuhaben.

5. „Abseits der Parteien ein freies Wort“ – der radikale Ansatz im Freiburger „Frauenkomitee“

Am Ende des Wahlkampfes von 1918/19, in dem sich abzeichnete, dass es realpolitisch auf eine parlamentarische Republik in den hergebrachten politischen Strukturen hinauslaufen würde, trat in Freiburg eine Frau an die Öffentlichkeit, die den Versuch unternahm, ein Frauenbündnis jenseits der Parteien zu initiieren. Die Sozialdemokratin Margarethe Braun (1874–?) warb über Anzeigen in den Weihnachtsausgaben der Freiburger Tageszeitungen 1918 für die von ihr selbst verantwortete Veranstaltung. Unter dem Titel „Revolution und Frauenstimmrecht“ lud sie am 28. Dezember zu einem Vortrag in den Gartensaal des gutbürgerlichen Kaffeehauses „Kopf“ am Münsterplatz, um „abseits der Parteien ein freies Wort an die deutsche Frau“ zu richten³¹. In ihrer – offenbar mitreißend vorgetragenen – Rede begründete sie ihre Idee, über ein außerparteiliches Frauenbündnis eine eigenständige politische Vertretung der Frauen zu realisieren.

„Die uns bekannte Rednerin [...] betrachtete [...] durch einen geschichtlichen Überblick [...] die Stellung der Frau im Laufe der Jahrhunderte bis in die Gegenwart“, berichtete die „Volkswacht“ und gab aus ihrer Rede unter anderem wieder: „Die gewaltigsten Mächte: Staat, Kirche, Wissenschaft usw., [...] haben sie in ihrem heiligsten Recht als Gattin, Mutter und auch als Staatsbürgerin brutal unterdrückt. [...] Aus der Vergangenheit müßten die Frauen notwendig den Schluß ziehen, daß jetzt, in der Geburtsstunde ihrer heißersehnten politischen Rechtsstellung, sie in geschlossener Einheit ihre Rechte und Forderungen gegenüber den Parteien zu stellen und nötigenfalls durchzusetzen haben werden.“³²

StadtA Freiburg, Auskunft aus der Einwohnerkartei; Julia LITTMANN, Vor 100 Jahren kämpfte die Freiburgerin Lina Wäldin für das Frauenwahlrecht, in: Badische Zeitung vom 7.3.2019, S. 22. Littmann fasst hier Forschungsergebnisse von Clemens Hauser zusammen, der zur regionalen Frauenstimmrechtsbewegung arbeitet.

³⁰ HEIDTKE, Frauenstimmrecht (wie Anm. 2) S. 279.

³¹ Freiburger Zeitung vom 24.12.1918, Zweites Blatt, S. 5.

³² Revolution und Frauenstimmrecht, in: Volkswacht vom 2.1.1919, S. 3.

„Volkswacht“ und „Freiburger Bote“ berichteten ausführlich über die Veranstaltung. Im zentrumsnahen „Freiburger Boten“ sah sich die Vorsitzende des Frauenausschusses des Zentrums, Tille Sieglitz, in der Pflicht für eine kritische Replik auf Braun, da es dieser gelungen war, sogar im Presseorgan des Zentrums eine Anzeige ihrer Veranstaltung zu platzieren, „und dadurch ihre gefährlichen Tendenzen auch in die besten deutschen Frauenkreise hineinzutragen“. Sieglitz zerriss unter anderem Brauns kritische Äußerungen zur Rolle der Kirche und führte weiter an: „Die sexuelle Frage behandelte sie dann mit einer Gründlichkeit, wie es sich tatsächlich vor einer Versammlung von Männern und Frauen nicht geziemt hat. Aber nach ihrer Ansicht muss ja die ‚Prüderie zwischen beiden Geschlechtern‘ aufhören. Pfui vor solchen Frauen!“³³

Aus Brauns Initiative entsprang eine weitere Versammlung, die in der Folgewoche unter dem Namen eines „provisorischen Frauenkomitees“³⁴ im Harmonie-saal abgehalten wurde. Dort diskutierten und verabschiedeten die Anwesenden ein politisches Programm. Es wurde, als Forderungskatalog in neun Punkten schriftlich gefasst, vervielfältigt und versehen mit den Unterschriften aller, die es bekräftigen wollten, in die Zeitungsredaktionen Freiburgs gebracht³⁵. Die „Freiburger Zeitung“ veröffentlichte dieses Dokument einen Tag vor den Wahlen zur Badischen Nationalversammlung ungekürzt und ohne Kommentar unter dem Titel „Frauenforderungen“³⁶. Eine „aus allen Berufsständen und Parteien am 2. Januar in Freiburg einberufene Frauenversammlung hält folgende Forderungen für in erster Linie erstrebenswert und bittet die bestehenden Parteien, sich zu diesen Forderungen klar und unzweideutig zu äußern“. Punkt 1 reklamierte eine „Vertretung durch Frauen, die der Zahl der wahlberechtigten Frauen entspricht, in allen sie unmittelbar berührenden Frauenfragen (Ehe, Beruf, usw.) und in den sie mittelbar berührenden Kulturfragen der angeführten Art“. Die hier formulierte Einschränkung auf bestimmte Politikfelder sollte wohl den Anspruch der Versammlung auf eine unmittelbar in Kraft tretende Entscheidungshoheit der Frauen in allen Schlüsselfragen zum Geschlechterverhältnis bekräftigen. Grundsätzlicher und auf längere Sicht erhoben die Freiburgerinnen dann in Punkt 2 Anspruch auf eine „allmähliche Erziehung und Hinzuziehung der Frau zu den gesetzgebenden Körperschaften über die großen, die ganze Nation berührenden Fragen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Natur“. Konkret postulierte das Programm des „Frauenkomitees“ unter Punkt 6 nicht weniger als die „Umgestaltung der Ehegesetzgebung unter Mitwirkung von Frauen mit der in Punkt 1 geforderten Ver-

³³ Von der Sorte Braun, in: *Freiburger Bote für Stadt und Land* vom 31.12.1918, Morgenausgabe, S. 1–2.

³⁴ Die öffentliche Frauenversammlung aller Stände und Parteien, in: *Volkswacht* vom 4.1.1919, S. 3.

³⁵ Ebd.

³⁶ *Freiburger Zeitung* vom 4.1.1919, Erstes Morgenblatt, S. 1; auch alle folgenden Zitate des Forderungskatalogs. Das vollständige Manifest ist veröffentlicht bei HEIDTKE, Frauenstimmrecht (wie Anm. 2) S. 272f.

treterzahl. Eherecht, gesetzlicher Schutz gegen Vergewaltigung und Mißbrauch jeder Art der Frau in der Ehe. Güterrecht. Ehescheidung“. In weiteren Punkten folgten so präzise Vorschläge, wie die „Mitwirkung der Frauen bei der Aufstellung der Wählerlisten“ oder eine „völlige Gleichstellung der Geschlechter in der Ausbildung und Zulassung zu allen Ämtern, Berufen und Handierungen“. Auch die rechtliche und soziale „Hebung“ lediger Mütter und ein „ausreichender Mutter- und Wöchnerinnenschutz“ waren in diesem Manifest niedergelegt.

Es gehört zu den Errungenschaften der Revolution von 1918/19, dass im demokratischen Aufbruch selbst radikale feministische Stimmen in der Presse veröffentlicht wurden. Diese Berichte verschaffen Einsichten in über lange Zeitstrecken verschüttete Positionen der Frauenbewegung und machen erstaunliche Traditionslinien nachvollziehbar. Das Manifest des Frauenkomitees schloss mit dem Nachsatz: „Von der Äußerung der Parteien zu diesen Forderungen machen die zu unserer Bewegung stehenden Frauen ihre Wahlentscheidung abhängig. Die Nichtberücksichtigung dieser Forderungen durch die bestehenden Parteien würde den einmütigen Zusammenschluß der Frauen notwendig machen zur Erreichung ihrer Ziele.“

Den Reaktionen in der Presse ist zu entnehmen, dass die Frauen des Freiburger Komitees in dem Bewusstsein handelten, am Beginn einer „Frauenbewegung“ zu stehen, die sich von Freiburg aus in einer „Wellenbewegung“ verbreiten und „überall den ‚Kampf der Frau um Freiheit aus der bisherigen [angeblichen, Anmerkung der Verfasserin] Knechtschaft‘ hervorrufen“ würde³⁷. Der „Freiburger Bote“ zog erneut alle Register mit dieser Polemik gegen die „utopistischen Resolutionen“ des Komitees. Die „Volkswacht“ bemerkte im Anschluss an das Manifest des Komitees: „Die Gründung einer Frauenpartei halten wir für aussichtslos. Die Sozialdemokratie ist von jeher für die berechtigten Forderungen der Frauen restlos eingetreten, sie wird dies auch in Zukunft tun. Darum, fortschrittlich und freiheitlich gesinnte Frauen, wählt morgen sozialdemokratisch und schließt euch unserer Partei an.“³⁸

Leider sind, abgesehen von der Initiatorin, keine weiteren Angehörigen des Frauenkomitees überliefert. Und es lässt sich nicht beantworten, ob die Freiburgerinnen tatsächlich eine Parteigründung beabsichtigten oder ob sie mit dem angekündigten „einmütigen Zusammenschluss“ andere politische Organisationsformen im Auge hatten. Ebenso bleibt offen, ob und welche Aktivitäten auf dieses Manifest folgten. Denn Mitte Januar 1919, nach den Wahlen zu den Verfassungsgebenden Versammlungen der Republik, wurde das kurze Licht, das in der Freiburger Presselandschaft auf diese radikale Initiative gerichtet war, wieder ausgeschaltet³⁹.

³⁷ Noch einmal von der Sorte Braun, in: Freiburger Bote für Stadt und Land vom 4.1.1919, Abendausgabe, S. 1–2. Auch diese Replik verfasste vermutlich Tille Sieglitz.

³⁸ Volkswacht vom 4.1.1919 (wie Anm. 32).

³⁹ Am 16.1.1919 veröffentlichte die „Volkswacht“ noch eine „Zuschrift aus Frauenkreisen“, die eine ausführliche Richtigstellung gegen die polemischen Beiträge des Freiburger Boten lieferte. Nach diesem Beitrag folgten in der Zeitung keine weiteren Informationen

Die Forderungen des Freiburger Frauenkomitees lassen sich auf radikale feministische Positionen im 19. und frühen 20. Jahrhundert zurückführen⁴⁰. Für Freiburg ist das Frauenkomitee nach dem Stand der erschlossenen Quellen jedoch ein solitärer Fund⁴¹. Diese magere Quellenlage schließt jedoch nicht aus, dass Forderungen, wie sie für das Frauenkomitee 1919 konkret überliefert sind, auch in weniger revolutionären Zeiten und über diese hinaus verfolgt wurden. Dass sie in unterschiedlichen feministischen Milieus geteilt wurden, die sich in Freiburg vor allem im Umfeld der Universität herausbildeten, ist wahrscheinlich. Mögliche Mitstreiterinnen im Frauenkomitee ließen sich zum Beispiel mit dem „Freiburger Frauenklub“ in Verbindung bringen, der als Projekt der bürgerlichen feministischen Vereine von 1907 bis 1928 existierte. Konzipiert als geselliges Zentrum für akademische und berufstätige Frauen, war der Klub eine Adresse für Frauenkultur und fungierte außerdem als Anlaufstelle für eine, in Selbsthilfe organisierte, soziale und rechtliche Unterstützung unter Frauen⁴².

Auch eine der frühen, von Frauen geführten Anwaltskanzleien, das Büro Plum/Fettweis an der Kaiserbrücke, könnte in diese Tradition gestellt werden. Dr. Karola Fettweis (1910–1994), die während des faktischen Berufsverbotes für junge Anwältinnen im Nationalsozialismus in Dr. Maria Plums (1994–1962) bereits 1928 etablierter Kanzlei arbeitete, gehörte in der frühen Bundesrepublik zu den Juristinnen, die schließlich an der Reform des Ehe- und Familienrechts mitwirkten⁴³. Vergewaltigung in der Ehe wurde jedoch erst 1997 unter Strafe gestellt.

Auch von Margarethe Braun sind nur fragmentarische biografische Informationen überliefert, doch weisen diese auf ein nonkonformistisches Frauenleben hin. Braun war 44 Jahre alt, als sie 1918 in die Öffentlichkeit trat. Offenbar Mitglied der Freiburger SPD, war sie vor und nach 1918/19 nicht erkennbar engagiert in der Frauensektion ihrer Partei. Margarethe Braun, geborene Homann, war 1911 mit ihrem ersten Ehenamen Ritzmann von Karlsruhe nach Freiburg gezogen⁴⁴. Getrennt lebend, arbeitete sie als Krankengymnastin und bezeichnete sich von Beruf auch

zum Freiburger Frauenkomitee. (Die bekannten Vorträge der Genossin Braun, in: *Volksmacht* vom 16.1.1919, S. 3).

⁴⁰ Auch in der aktuellen Rezeption wird eine radikalfeministische politische Praxis für 1918/19 vor allem assoziiert mit Anita Augspurgs und Lida Gustava Heymanns Positionen und Aktionen in der Münchener Räterepublik. Unmittelbare Bezüge der Freiburgerinnen auf den bayerischen Nationalrat oder auch auf den Altonaer „Verein für Frauenstimmrecht“, der 1918/19 das Projekt eines eigenständigen Frauenrats verfolgte, sind nicht überliefert und wohl auch nicht wahrscheinlich.

⁴¹ HEIDTKE, *Frauenstimmrecht* (wie Anm. 2) S. 271–276.

⁴² Birgit HEIDTKE, *Der Freiburger Frauenklub*, in: DIES./RÖSSLER (wie Anm. 2) S. 247–251.

⁴³ Birgit HEIDTKE, *Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg*, in: DIES./RÖSSLER (wie Anm. 2) S. 361 f.; BORGMANN (wie Anm. 25) S. 79–82.

⁴⁴ Die Informationen der Einwohnerkartei sind hier nicht ganz eindeutig, denn 1911 wird Braun dort als „verheiratet“ ausgewiesen. Da die Spalte für ihren Ehemann leer blieb, lebten die Eheleute spätestens mit Brauns Umzug nach Freiburg wohl getrennt. Später wurde – ohne Datum – „geschieden“ nachgetragen und schließlich auch die Wiederverheiratung mit Max Braun vermerkt.

als „Rednerin für naturgemäße Lebens- und Heilweise“. Sie war außerdem aktiv in der Freireligiösen Gemeinde. 1918 heiratete sie den 19 Jahre jüngeren Lehrer Max Braun, der bereits ab 1914 unter ihrer Adresse gemeldet war. Im Mai 1920 zogen Margarethe und Max Braun in die Schweiz. In ihrem Visum ist „Locarno Monti“ im Tessin als Aufenthaltsregion angegeben⁴⁵. In der Schweiz blieb das Paar mindestens bis Ende 1927⁴⁶.

6. „An Zahl sind sie noch schwach“ – die ersten Freiburgerinnen im Parlament

Die Wahlergebnisse und auch der Lauf der politischen Geschäfte in den neu-gewählten demokratischen Parlamenten sollten den Frauen die Grenzen ihrer politischen Wirkmacht sehr bald aufzeigen. In der badischen Verfassungsgebenden Versammlung von 1919 sahen sich neun Frauen 98 männlichen Abgeordneten gegenüber. Alle drei Freiburgerinnen, die in der ersten Wahlperiode im Landtag vertreten waren, gaben sehr bald auf und engagierten sich politisch in anderen Bereichen. Erst mit Johanna Straub (1864–1956) zog 1921 für Freiburg eine gewählte Abgeordnete der DDP in den Landtag ein, die sich dort ein politisches Handlungsfeld erschließen konnte. Sie vertrat die Region über zwei Wahlperioden bis 1929⁴⁷. Im ersten Freiburger Bürgerausschuss von 1919 saßen 14 Frauen, ihr Anteil in diesem Gremium lag bei knapp 15 Prozent⁴⁸. Das mag aus heutiger Sicht ernüchternd niedrig erscheinen, doch sollte diese Frauenquote zum zweiten Mal erst wieder 1965⁴⁹, bei den Wahlen zum Freiburger Stadtrat, erreicht werden. In der Weimarer Republik sank der Anteil der weiblichen Stadtverordneten in Freiburg

⁴⁵ Eine Anfrage bei der Casa Anatta, dem Museum und Archiv der Lebensreform-Kommune auf dem Monte Verità bei Ascona führte 1993 zu keinem Ergebnis für Margarethe und Max Braun. In den 1920er Jahren gab es am Lago Maggiore allerdings weitere, weniger bekannte pazifistisch-kooperative Siedlungsprojekte.

⁴⁶ StadtA Freiburg, Abfrage aus der Einwohnerkartei; Aufenthaltsvisum Margarethe und Max Braun, Abfrage Schweizerisches Bundesarchiv.

⁴⁷ HOCHREUTHER (wie Anm. 9) S. 61 f. Johanna Straub, geborene Zipp, Jahrgang 1864, absolvierte als Tochter einer Freiburger Lehrerfamilie eine Ausbildung in der Krankenpflege und bildete sich weiter in der Sozialen Arbeit. Sie leitete unter anderem einen Kinderhort des „Badischen Frauenvereins“ und gründete eine Ferienkolonie für Mädchen. Straub hatte bereits 1918 für die DDP auf dem (letzten) Listenplatz 30 kandidiert; vgl. Wahlkommissariatsbezirk Freiburg, in: Volkswacht vom 30.12.1918, S. 6. Als sie 1921 gewählt wurde, war sie 57 Jahre alt und verwitwet. Sie wurde Schriftführerin des Landtags und konzentrierte sich auf Sozial- und Kulturpolitik. Johanna Straub starb 1956 in Freiburg.

⁴⁸ Adreßbuch der Hauptstadt Freiburg im Breisgau für das Jahr 1920, Abt. IV.

⁴⁹ Liste der Freiburger Stadträtinnen ab 1945, erstellt 2018 vom Ratsbüro der Stadt Freiburg; Amtliche Adressbücher Freiburg im Breisgau, 1949–66, jeweils in der Abt. „Behörden“

kontinuierlich, bis auf acht Prozent bei den letzten demokratischen Kommunalwahlen 1930⁵⁰.

Das Zentrum brachte es bei den Kommunalwahlen 1919 auf sechs Frauen im Bürgerausschuss, darunter Mathilde Otto; die SPD auf fünf, unter ihnen Marie Haack. Die DNVP entsandte mit Berta Flemming eine, die DDP mit Lina Wäldin und Dr. Else Liefmann zwei Stadtverordnete⁵¹. Viele der Frauen im ersten Freiburger Bürgerausschuss der Republik waren keine Anfängerinnen in der Politik. Mehrheitlich gehörten sie zur Generation der 40- bis 60-Jährigen. Sie waren verbunden durch – bezahlte oder privat finanzierte – Berufstätigkeit und nur wenige von ihnen hatten Versorgungsarbeit in der Familie zu leisten. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Frauen sich kannten, nicht zuletzt aus der gemeinsamen öffentlichen Arbeit im „Nationalen Frauendienst“ während des Krieges. Möglicherweise hatten sie beim Kriegsamt zusammen gesessen und über bessere Unterstützungsstrukturen für vollwerbstätige Frauen und Mütter verhandelt. Sie hatten sich bereits in der Vergangenheit gegenseitig eingeladen, zum Beispiel als fachkundige Rednerinnen zu den Veranstaltungen ihrer Vereine⁵². Diese Stadtverordneten waren es gewohnt, über politische Lager hinweg für konkrete Ziele zu kooperieren. Und angesichts der Verhältnisse in ihren Fraktionen hatten sie allen

⁵⁰ HEIDTKE, Frauenstimmrecht (wie Anm. 2) S. 283; Adreßbuch der Hauptstadt Freiburg im Breisgau/Amtliches Einwohnerbuch der Hauptstadt Freiburg im Breisgau von 1920–1934, jeweils in der Abt. „Behörden“

⁵¹ HEIDTKE, Frauenstimmrecht (wie Anm. 2) S. 279, mit einer Liste aller 1919 gewählten weiblichen Stadtverordneten. Über Berta Flemming, geborene Sartorius, ist nur bekannt, dass sie als Witwe eines Verlagsbuchhändlers in der bürgerlichen Oberwiehre lebte. Dr. Else Liefmann wurde 1881 in Hamburg geboren und war Tochter einer jüdischen, evangelisch konvertierten Kaufmannsfamilie, die in den 1890er Jahren nach Freiburg zog. Nach einer Ausbildung zur Lehrerin studierte Liefmann Medizin und führte ab 1915 in Freiburg eine Praxis für Kindermedizin und Ärztliche Erziehungsberatung. Liefmann engagierte sich bereits im Ersten Weltkrieg in der öffentlichen Gesundheitsfürsorge für Säuglinge und Kinder und arbeitete in diesem Bereich mit der Universitäts-Kinderklinik zusammen. Sie war Mitbegründerin des „Deutschen Ärztinnenbundes“ und engagiert im örtlichen Verein des „Deutschen Akademikerinnenbundes“. Im Nationalsozialismus verlor sie mit den antisemitischen Gesetzen ihre Berufszulassung und wurde mit ihren ebenfalls in Freiburg lebenden Geschwistern im Oktober 1940 Opfer der vom badischen Staat organisierten Deportationen nach Südfrankreich, wo sie im Hochgebirgslager Gurs interniert war. Ihr Bruder Dr. Robert Liefmann starb in den Pyrenäen, den Schwestern gelang mit organisierter Hilfe die Flucht in die Schweiz. Dr. Else Liefmann starb 1970 in Zürich; vgl. Martha und Else LIEFMANN, *Helle Lichter auf dunklem Grund*, hg. von Erhard Roy WIEHN, Konstanz 1995.

⁵² So hielt Liefmann ab 1916 auch auf den Versammlungen der sozialdemokratischen Frauensektion regelmäßig Vorträge zu medizinischen und pädagogischen Themen. Marie Haack und Mathilde Otto sprachen im Mai 1917 mit gemeinsamer Stimme auf einer Versammlung der Gesellschaft gegen Geschlechtskrankheiten; vgl. Frauensektion des Sozialdemokratischen Vereins, in: *Volkswacht* vom 11.12.1916, S. 5; Sozialdemokratische Frauensektion, in: *Volkswacht* vom 18.12.1916, S. 3; Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, in: *Volkswacht* 19.5.1917, S. 5.

Grund, auch im Bürgerausschuss auf eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit unter Kolleginnen zu bauen.

Sehr bald machten sie in den Sitzungen des Bürgerausschusses die Erfahrung, dass die männlichen Fraktionskollegen die mündlichen Aussprachen und Debatten dominierten oder gar für sich allein beanspruchten. Zu Tagesordnungspunkten sprachen in der Regel Lokalpolitiker, die ihre Karriere im Mandat und in der Partei bereits in den Vorkriegsjahrzehnten ausgebildet hatten. Für weibliche Stadtverordnete waren in dieser Hierarchie eigentlich keine Plätze vorgesehen.

„Der Eintritt der Frauen gibt dem neuen Bürgerausschuß sein besonderes Gepräge. An Zahl sind sie noch schwach und wie stark sie durch überragenden Geist der Gemeindepolitik ihren Stempel aufzudrücken vermögen wird abzuwarten sein“, schrieb die „Volkswacht“ anlässlich der konstituierenden Sitzung des Bürgerausschusses im Juli 1919⁵³. So war dann auch Marie Haack die einzige Frau, die in dieser Sitzung sprach. In der Debatte um die Einrichtung neuer Lehrerstellen war sie die fünfte Rednerin und stand damit in einer Rangfolge, die für die Alltagsverhältnisse im Bürgerausschuss der Weimarer Republik als günstig bezeichnet werden muss. In den Folgejahren sollte Frauen in der Regel erst in der Schlussrunde der Debatte das Wort erteilt werden⁵⁴.

Redezeit konnten sich die weiblichen Stadtverordneten vor allem über eigene, interfraktionelle Anträge verschaffen. Fast immer vertraten sie dabei Fraueninteressen. Wenn sie Fürsorgerinnen für die Sittenpolizei und den Jugendschutz forderten, wenn sie den Wunsch nach einem städtischen Heim für ältere, alleinstehende Frauen vortrugen oder gegen entwürdigende und schamlose Frauenbilder in den Freiburger Kinos protestierten, dann sprachen sie zumeist im Namen aller weiblichen Mitglieder des Kollegiums. Überfraktionell einig waren sie sich zum Beispiel in der Forderung nach einer stärkeren Repräsentation von Frauen in den bürgerchaftlichen Organen des Fürsorgewesens. In einer gemeinsamen Intervention gelang es ihnen im April 1920, die Einrichtung einer Arbeitskommission des Stadtrats zur Reform des Fürsorgestatuts zu erreichen. Als Mathilde Otto 1922 in den Stadtrat aufstieg, kam ihr die Aufgabe zu, diese Reform umzusetzen. Im neuen Fürsorgestatut, verabschiedet im Juli 1922, waren die städtischen Ämter im Sozialwesen, zum Beispiel die „Armenbezirksvorsteher(innen)“, erstmals in zwei grammatischen Geschlechtern ausgewiesen⁵⁵.

Doch das Fazit aus den ersten Jahren der Arbeit des demokratisch legitimierten Bürgerausschusses ist im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse ernüchternd. Aus einer Minderheitsposition im Stadtparlament verschafften sich die weiblichen Abgeordneten im parteiübergreifenden Bündnis eine Stimme, doch ihr politisches Gewicht blieb gering. Die meisten ihrer Anträge verloren angesichts der wirtschaft-

⁵³ Die erste Tagung des neuen Stadtparlaments, in: *Volkswacht* vom 19.7.1919, S. 4.

⁵⁴ Aus diesem Grund sind die Beiträge der weiblichen Stadtverordneten auch kaum überliefert, da die Pressevertreter den Sitzungsaal zu ihrem Redezeitpunkt bereits verlassen hatten.

⁵⁵ HEIDTKE, Frauenstimmrecht (wie Anm. 2) S. 282.

lichen Notjahre an Bedeutung und sie hatten zudem keine Chance auf eine (männliche) Mehrheit im Bürgerausschuss oder Stadtrat.

Die eigenständige politische Beteiligung der weiblichen Stadtverordneten im Bürgerausschuss verlor in den folgenden Wahlperioden an Stärke. Schon ab 1923, als nur noch neun statt 15 Frauen in das kommunale Gremium eintreten konnten, standen diese deutlich seltener auf der Redeliste und fraktionsübergreifende Initiativen für Frauenbelange verschwanden. Hierbei spielte sicher ein Traditionsbruch eine Rolle, der sich daraus erklärt, dass fast zwei Drittel der Bürgerausschuss-Kolleginnen bei den zweiten Kommunalwahlen 1922 nicht mehr angetreten oder gewählt worden waren⁵⁶.

Diese Entwicklung sollte sich fortsetzen. Am Beispiel des Freiburger Bürgerausschusses lässt sich nüchtern beobachten, wie rasch der politische Aufbruch der Frauen in den parlamentarischen Strukturen versickerte. Als Ende 1927 zwei selbstbewusst auftretende und wortgewandte Kommunalpolitikerinnen, Mathilde Otto und Marie Moritz⁵⁷ (1890–1957), die Stadtverordnete der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), ihr Mandat abgaben, wurden Rednerinnen im Freiburger Stadtparlament zur Ausnahme. In den letzten Jahren der Weimarer Republik

⁵⁶ Für drei der neun ausgeschiedenen Stadtverordneten ließen sich die Gründe recherchieren. Lina Wäldin, DDP, war bereits 1920 aus Freiburg verzogen. Dr. Dora Landé, SPD verstarb 1923. Landé, geboren 1862, zog 1913 von Berlin nach Freiburg. Nach der Scheidung führte sie wieder ihren Geburtsnamen, für damalige Verhältnisse eine ungewöhnliche Entscheidung. Landé war promovierte Nationalökonomin und Schriftstellerin politischer Texte. Ab 1918 organisierte sie in der Freiburger SPD sozial-politische Kurse, um auch Frauen ohne höhere Bildung den Weg in die Soziale Arbeit zu eröffnen; vgl. StadtA Freiburg, Abfrage aus der Einwohnerkartei; Volkswacht vom 25.9.1919. Dr. Else Liefmann, DDP, kandidierte auf einem hinteren Listenplatz und wurde nicht wieder gewählt; vgl. Stadtverordnetenwahlen, in: Volkswacht vom 15.11.1922, S. 4. Zum Vergleich ist auch die Studie von Gisela Lixfeld zu den Verhältnissen im Weimarer Bürgerausschuss von Schramberg interessant: Gisela LIXFELD (Hg.), *Trotz Fleiß kein Preis. Frauen in der Kommunalpolitik zur Zeit der Weimarer Republik*, in: Themenband Frauenforschung (Rheinisches Jahrbuch für Volkskunde, Bd. 29), Schramberg 1992, S. 97–121.

⁵⁷ Marie Moritz, geborene Öttl, war 31 Jahre alt, als sie 1923 für die KPD in den Freiburger Bürgerausschuss gewählt wurde. Sie stammte aus der Oberpfalz und kam wohl 1911 nach Freiburg, arbeitete hier zunächst als Hausangestellte. Moritz' Ehemann Wilhelm starb 1918, ihre Kinder waren zu diesem Zeitpunkt vier und sechs Jahre alt. Moritz arbeitete in der Freiburger Konsumgenossenschaft, sie führte dort die Sämerei. Nach der Geburt ihrer Tochter zog Marie Moritz mit ihrem Partner Hans Grimm nach Frankfurt am Main. Als Leiterin der „Internationalen Roten Hilfe“ in Frankfurt ging sie nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 in den Untergrund. Moritz wurde 1935 verhaftet und zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. Nach 1945 ging sie unmittelbar zurück in die Politik; sie war ab 1946 aktiv im Frankfurter Frauenausschuss und Mitglied des Hessischen Landtags von 1946–1950. Marie Moritz starb 1957 in Frankfurt; vgl. Landesarchiv Baden-Württemberg – Staatsarchiv Freiburg, Zugang 1970/13, P22, 1902–1952; HEIDTKE (wie Anm. 2) S. 284; Susanne SANDER, *Karrieren und Barrieren. Landtagspolitikerinnen der BRD in der Nachkriegszeit von 1946 bis 1960*, Königstein 2004, S. 312.

äußerten sich die weiblichen Stadtverordneten allenfalls ein oder zweimal im Jahr. Zumeist sprachen sie über Schulfragen.

Der Nationalsozialismus sollte 1933 der kurzen Präsenz weiblicher Stadtverordneter nicht nur in Freiburg ein Ende setzen. Nur eine Kommunalpolitikerin aus der Weimarer Republik, Ernestine Zeiser (1888–1955), findet sich dann auch 1946 mit dem Wiedererstehen der Demokratie wieder im Freiburger Stadtrat⁵⁸.

⁵⁸ Amtliches Einwohnerbuch der Stadt Freiburg im Breisgau 1949, Teil 3, S. 5. Ernestine Zeiser arbeitete als Buchhalterin im Freiburger Wohlfahrtsamt. 1933 wurde sie aus politischen Gründen aus den städtischen Diensten entlassen. Tabellarische Übersicht des Freiburger Stadtarchivs zu den letzten demokratisch gewählten Stadtverordneten: https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E119830897/387815/NS_GR_tab1.pdf (letzter Zugriff: 14.05.2020).